

Der unruhige Orient.

9. März 1928

Während die Lage in Arabien in den letzten Tagen sich scheinbar erneuert zu gespiht hat, ist auch die Krise in Ägypten

durch die letzte englische Note in ein gefährliches Stadium getreten. Die Note, die in sehr scharfem Tone gehalten ist, war bereits am 1. März von London aus an den britischen Oberkommissar gesandt worden und sollte nur für den Fall der Zurückweisung des Vertrags überreicht werden. England protestiert darin gegen einige in der ägyptischen Kammer eingebrachte Gesetzesentwürfe, die der Aufrechterhaltung der Ordnung abträglich seien. Die Note schließt mit den Worten: „Die englische Regierung muß sich vorbehalten, die ihr geeignet erscheinenden Schritte zu ergreifen, um der Situation zu begegnen.“

Zusammenstöße in Kairo.

In Kairo kam es in den letzten Tagen bei Demonstrationen streikender nationalistischer Studenten zu Unruhen, bei denen verschiedene Personen, darunter auch einige Polizisten, Verletzungen erlitten. — In Tantah verbrannten Studenten drei Automobile, darunter auch das des ägyptischen Kommandanten, der ebenfalls bedrängt wurde. Insgesamt wurden am Donnerstag bei den Unruhen 28 Studenten und acht Polizisten verletzt.

Englische Blätter bezeichnen die Ausschreitungen in Kairo ernst. Die Zahl der aufständischen Studenten, die die Polizei am Donnerstag angriffen und mit Steinen beworfen haben, betrug 1500. Die Tore des Hauptquartiers der Nationalistischen Partei wurden von den Studenten gestürmt. Der inzwischen eingetretene Vorsitzende der Kammer und Führer des Wafd, Nubas Pascha, beschwor die Studenten, sich nach Hause zu begeben. Nach weiteren Ausschreitungen wurde der Rat befolgt, und die Mehrheit der Studenten zerstreute sich.

Weitere Zuführung.

Die Lage in Kairo hat sich weiter zugespitzt. Den streikenden Studenten haben sich rasch zahlreiche Jugendliche angeschlossen, die sich am Donnerstag vormittag vor dem Hauptquartier der Wafd-Partei versammelten, wo es zu einem schweren Zusammenstoß mit der Polizei kam. Die Polizei war mit Stahlhelmen ausgerüstet und trieb die Schüler unter Gebrauch von schweren Stöcken zurück. Drei der Demonstranten wurden schwer, 25 leichter verletzt. Die Polizei hatte acht Verwundete zu verzeichnen. Bei dem Versuch, die Studenten eines amerikanischen Kolloms mit in den Streit zu ziehen, was von diesen abgelehnt wurde, wurden die Türen des Gebäudes zertrümmert und die Fensterscheiben eingeworfen. Schüler einer anderen Schule verbrannten drei Automobile, unter ihnen das des ägyptischen Polizeibefehlshabers.

Amerikanischer Protest.

Als Folge der gestrigen Ausschreitungen gegen die amerikanische Schule in Assiut wird nach Meldungen aus Kairo mit einem formalen Protest des amerikanischen Geschäftsträgers gerechnet. Die gestrige Demonstration wird von allen verantwortlichen ägyptischen Kreisen bedauert. Der ägyptische Innenminister hat den Kriegsminister erlucht, Truppen bereit zu

stellen. Die Regierung ist entschlossen, jede weitere Störung der öffentlichen Ordnung mit allem Nachdruck zu bekämpfen. Wie die „Times“ berichten, wird bestimmt angenommen, daß die Demonstration durch die radikalen Elemente der Wafd-Partei veranlaßt wurden, die immer mehr die Oberhand in der Partei gewonnen haben.

Die englisch-ägyptischen Verhandlungen.

9. März 1928

Der Generalsekretär des ägyptischen Ministerrats veröffentlicht den englisch-ägyptischen Vertragsentwurf und die in dem britischen Weisbuch enthaltenen Dokumente zusammen mit einem bisher un veröffentlichten und sehr bedeutenden Brief Sarwat Paschas an Chamberlain. Dieses Dokument ist vom 5. März datiert und stimmt mit dem kurzen Brief Sarwat Paschas an den britischen Oberkommissar überein, in dem der Ministerpräsident ankündigt, daß sich das Kabinett außerstande sehe, den Vertragsentwurf anzunehmen. Sarwat Pascha erklärte, daß er vom Beginn seiner „Locarno“-Verhandlungen an stets auf die Schwierigkeiten hingewiesen habe, die er insbesondere in der militärischen Frage erwartete. Er habe deshalb an Chamberlains Verständigungswillen appelliert, ihm einen Vertragsentwurf zu unterbreiten, der

Ägypten seine volle Unabhängigkeit

gebe. Innenminister Johnson Hids erklärte gestern in einer Rede vor der Handelskammer in Kairo, daß die ägyptische Regierung durch ihre Ablehnung bewiesen habe, daß sie vollkommen unfähig sei, sich der wirklichen Lage bewußt zu werden. Die englische Regierung sei mit ihren Ratschlägen weit über den Punkt hinaus gegangen, den der Standpunkt der britischen Reichseinheit weise, weil sie zu einer Einigung mit der ägyptischen Regierung kommen wollte. Die gemachten Vorschläge seien als eine Fortsetzung der Politik zu betrachten, die Großbritannien mit der Unterzeichnung des Locarno-Vertrags eingeleitet habe.

Wachsende Kampfstärke der Wahabiten

9. März 1928

Waffentäufte Ibn Sauds.

Die Kampflage an der Grenze des Irakgebiets und Transjordanien hat sich in den letzten 24 Stunden erheblich zugespitzt. Nach den letzten Berichten aus Basra haben die Wahabiten mehrere Dörfer in Transjordanien eingenommen. Eine britische Abteilung mit Panzerwagen und Flugzeugen ist außerhalb der Wälle von Koweit stationiert worden.

Vormarsch der Kanting-Truppen nach Norden.

Nach Meldungen aus Schanghai haben die nationalistischen Truppenbewegungen nach dem Norden in größerem Ausmaß begonnen. Der größte Teil der 37. Armee unter Führung von General Tschang hat bereits Tsinjiangpu, nördlich Kiangsu, erreicht. Starke Abteilungen Kiangsutruppen sind in Kanting am Yangtse zusammengedrungen, um sich dem Vormarsch anzuschließen.

Die heutige Völkerbundsversammlung

9. März 1928

Der Völkerbundsrat trat heute vormittag zusammen, um den rumänisch-ungarischen Optantenstreit weiter zu behandeln. Nachdem die gestrigen Abendverhandlungen in der Geheim Sitzung, die in Abwesenheit des rumänischen Außenministers Titulescu stattfand, kein Ergebnis gezeitigt hat. Der Gedanke, an den Haag zu appellieren, scheint im Hinblick auf den Widerstand Rumäniens vorläufig fallen gelassen zu sein. Dagegen wird eine Lösung in Aussicht genommen, einen Teil der ungarischen Reparationszahlungen an Rumänien für die Entschädigung der ungarischen Optanten zu verwenden.

Auf der Tagesordnung der heutigen Ratssitzung steht ein Bericht des holländischen Außenministers. Man nimmt an, daß er eine Mitteilung über den Stand der litauisch-polnischen Verhandlungen geben wird; ferner ein Bericht des rumänischen Außenministers über die Teilnahme der Türkei an der vorbereitenden Abrüstungskommission, sodann der Entwurf eines Schreibens des Rates an Spanien und Brasilien, worin die beiden Regierungen aufgefordert werden sollen, in den Völkerbund zurückzukehren.

In der Geheim Sitzung wird der Rat sodann den Bericht über die Vereinbarung zwischen Polen und Danzig entgegennehmen, nach der sich die beiden Regierungen verpflichten, die Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes in der Danziger Eisenbahnfrage als Grundlage der weiteren gerichtlichen Entscheidung anzuerkennen.

Der Völkerbundskommissar von Hamelin ist zu diesen Erklärungen des Rates in Gené eingetroffen.

Die Beratungen des Dreierkomitees über die St. Gotthard-Angelegenheit.

Im Dreierkomitee des Völkerbunds wird gegenwärtig ein Vorschlag erörtert, Sachverständige aus der ständigen Militärkommission des Völkerbunds mit der weiteren Durchführung der Untersuchung des St. Gotthard-Zwischenalles zu beauftragen. Es soll ein Zoll- und ein Munitionsfachverständiger und ein Ingenieur gewählt werden, die das vorliegende Dokumentenmaterial prüfen und auch Untersuchungen in St. Gotthard vornehmen sollen. Die Sachverständigen sollen dann dem Rat Kommissar Bericht erstatten, das seinerseits dem Rat auf der Juntagung den Bericht der

Sachverständigen mit einem Vorschlag zur Entscheidung vorlegen wird. Auf ungarischer Seite scheint man dagegen der Auffassung zu sein, daß das vorliegende Dokumentenmaterial für eine erschöpfende Untersuchung an Ort und Stelle keineswegs notwendig sei.

Die Aussprache über den Oplankenkonflikt.

9. März 1928

Die gestrige Ratssitzung galt dem ungarisch-rumänischen Konflikt.

Nach den Ausführungen des Grafen Apponni trat Titulescu der von ihm geübten Kritik entgegen und wies insbesondere den Vorwurf des ultimativen Charakters zurück. Er betonte, daß Rumänien gezwungen sei, die Vorbedingungen juristischer Art zu stellen, da sich sonst eine privilegierte Behandlung der ungarischen Optanten ergeben könnte, durch die die rumänische Regierung sich der Gefahr aussetzen würde, daß auch die übrigen Optanten ähnliche Forderungen an sie stelle. Rumänien, dessen Währung gegenwärtig schlechter stehe als diejenige Ungarns, könne sich ohne schwere Gefahr nicht unerlösen Ansprüchen wegen seiner Agrarreform aussetzen. Nach dem Pariser Abkommen von 1922 über die Verteilung der Reparationszahlungen habe Rumänien den größten Teil seiner Forderungen von Oesterreich und Ungarn erhalten und wenn Apponni eine Anrechnung hierauf als ein Luftschloß bezeichne, so beweise das, daß er die Hoffnung auf Zahlung der Reparationen durch Ungarn ebenfalls als imaginär halte. Rumänien könne sich unter keinen Umständen eine Kriegsentchädigung mit Passiv-Saldo gefallen lassen.

Die zweitägige Nachmittags Sitzung des Völkerbundsrates war ausschließlich mit der Replik und der Duplik der beiden Parteien im ungarisch-rumänischen Optantenkonflikt ausgefüllt. Graf Apponni führte aus, der vom Rat im September angenommene Vorschlag habe den Charakter einer Verhandlungsgrundlage. Ungarn sei also zu seiner Annahme nicht verpflichtet. Mit sehr eindringlich vorgetragenen grundsätzlichen Erwägungen warnte Graf Apponni im Schlußteil seiner Rede davor, daß der Rat zum Kassationshof für die Rechtsprechung internationaler Gerichte gemacht werde, da sonst das Recht der Politik untergeordnet werde. Wenn der Rat sich nicht entschließen könne, die von Rumänien zurückgezogenen Richter zu ernennt, so gebe es nur noch den Weg der Einholung eines Gutachtens

beim Haager internationalen Gerichtshof darüber, ob die im Berichte des Rates aufgestellten Grundsätze den Bestimmungen des Vertrages von Trianon entsprechen.

Nach der fast anderthalbstündigen Replik des Grafen Apponni vertrat Titulescu mit aller Entschiedenheit den Standpunkt, daß Ungarn nichts anderes als eine Vorzugsbehandlung für die ungarischen Optanten erreichen wolle. Titulescu sprach sich sehr entschieden gegen die Stellung von Ersatzrichtern aus, ebenso gegen die Einholung eines Gutachtens beim Haager Gerichtshof.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 8. März 1928.

Das Haus legt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums fort.

Abg. Giesberts (Ztr.) erklärt, die Kürzung der Mittel dieses Etats bedeute eine außerordentliche Erschwerung der Durchführung von Bauten und Anlagen. Das Verkehrswejen dürfe als Grundlage der Wirtschaft nicht vernachlässigt werden. — Abg. Dr. Wieland (Dem.) vermißt bei der Verkehrspolitik des Reiches ein klares Ziel. Die in der Luft liegende Tarifserhöhung der Reichsbahn würde verhängnisvoll für die Wirtschaft sein. Die Reichsregierung müsse dafür sorgen, daß die Reichsbahn auf dem Anleihewege Mittel für die dringenden Beschaffungen erhält, damit ihre Einrichtungen nicht verwahrlosten. — Abg. Dr. Quaaß (Dnat.) verweist auf den Mittellandkanal, bei dem man heute vor zahlreichen ungeklärten Fragen stehe. Dr. Krohne habe sich damals beim Arbeitsbeschaffungsprogramm mit großem Enthusiasmus in diese Dinge gestürzt. Einem Nichtfachmann wäre ein derartiges Maß von Reformschritt patriotismus wahrscheinlich nicht passiert und dem Reichstag wären jetzt viele Sorgen erspart geblieben. — Abg. Giesberts (Komm.) bezieht den Verkehrsminister als den Minister der Subventionen an die Industrie. — Abg. Rollath (Wirtsch. Vgg.) wendet sich gegen die Verpachtung von Bahnhofsgrundstücken an die Mitropa. Die Unterhaltung der Kraftverkehrsunternehmen aus Steuerzwecken müsse im Interesse des Privatgewerbes scharf bekämpft werden. — Abg. Dauer (B. Bp.) fordert vordringliche Inangriffnahme der bayrischen Bahnobjekte. Die Kündigung des Sieka-Vertrages dürfe die Reichsbahn nur dann aufrechterhalten, wenn sie selbst von sich aus eine ähnliche Einrichtung schaffe. — Abg. Dietrich-Franke (Natlps.) wirft den Parteien vor, daß sie durch das Reichsbahngesetz selbst die Ursachen für ihre Klagen geschaffen hätten. — Abg. Dr. Wittmann (D. Bp.) stellt fest, daß seine Ausführungen über die Tätigkeit des Reichsverkehrsministers Ausführungen seiner eigenen Person gewesen sind.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch bespricht die Frage seiner Kraftverkehrspolitik. Er stellt fest, daß sich die Reichsbahn nicht an einer einzigen Kraftverkehrs-gesellschaft beteiligen dürfe, an der sie nicht schon vorher beteiligt war. Neu sei lediglich, daß die Reichsbahn zusammen mit dem Reich bei zwei Gesellschaften die Mehrheit der Aktien erwerben will und daß ihr früher lediglich auf Konkurrenzkampf eingestellter Standpunkt grundlegend geändert worden ist. Sie werde daher ihre Beteiligung an der hessischen und rheinischen Gesellschaft nicht dazu benutzen, um den Kraftverkehr zu droffeln. Diese Änderung des Verhältnisses dürfe bei der Kritik nicht vergessen werden.

Kunst und Wissenschaft.

Der völkerverbindende Rundfunk. Der Leiter der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes, Sir Arthur Salter, äußerte kürzlich einem Berichterstatter gegenüber seine Ansichten über den Rundfunk im Dienste des Völkerbundes. Er gab dafür zwei nach seiner Meinung aussichtsreiche Richtlinien an: die regelmäßige Berichterstattung im Rundfunk über alle internationalen Ereignisse und — als besonderes wichtig — persönliche Ansprachen der führenden Staatsmänner, wie auch der leitenden Persönlichkeiten auf allen Gebieten des menschlichen Interesses, an alle Welt. Gerade durch das persönliche Auftreten der Beteiligten hofft Sir A. Salter, der Verständigung der Völker und der Menschen untereinander näherzukommen. Nach seiner Überzeugung hängt der Erfolg der offenen Diplomatie und auch der des Völkerbundes davon ab, daß die öffentliche Meinung gut unterrichtet, aufgeklärt und verständnisvoll sei. Dazu könnte aber nichts Besseres verhelfen als ein offenes Wort der bedeutendsten Köpfe, die doch oft im Jahr und bei den verschiedensten Gelegenheiten in größerer Zahl zusammenströmen, und die Verbindung ihrer Ansichten durch den Rundfunk.

Funde aus der Zeit vor Christi Geburt an der Unterelbe. Vor einigen Monaten wurde von einem bedeutungslosen Römerfund in Apensen bei Stade berichtet, der aus einem eigenartigen Bronzegefäß bestand, in welchem sich viele Bronzegegenstände aus der Römerzeit befanden. Der Fund gehörte der zweiten Hälfte des 1. Jahrhunderts nach Christi an. Der Pfleger für kulturhistorische Bodenkulturstätten, Willi Wogemig, hat seine Forschungen fortgesetzt und in den letzten Monaten bei Ausgrabungen an der Unterelbe wichtige geschichtliche Altertümer aus der Zeit vor Christi entdeckt. Das Ergebnis der Ausgrabungen in Harfeld, wo sich ein großer Urnenfriedhof befindet, besteht bis jetzt aus 118 Urnen; als Beigaben wurden gefunden: Schwerter, Lanzenspitzen, Schildbuckel, Messer aus Eisen, Gewandnadeln aus Bronze und Eisen. Der ausgegrabene Teil des Friedhofes dürfte aus den letzten Jahrzehnten vor Christi stammen. In Bargstedt ist ein Urnenfriedhof der älteren Eisenzeit ausgegraben worden, dort wurden bisher 253 Urnen freigelegt; als Beigaben wurden u. a. eine Haarzange und ein Kamm aus Bronze gefunden. Der Friedhof muß in der Zeit von 600 vor Christi benutzt worden sein. Neben den Urnenfunden hat man auch Bad- und Trodenöfen aufgedeckt, so einen in der Feldmark Harfeld, der etwa 500 Getreidelöcher enthielt. Dr. Reuwerf in Jülich, ein Kenner urgeschichtlicher Sämereien, hat diese Körner untersucht und folgende Arten festgestellt: Hafer, Gerste, Weizen, Emmer oder Dinkel, eine dem Weizen ähnliche Getreideart, die noch heute in Süddeutschland anzutreffen ist und in der Vorzeit eine große Bedeutung hatte, ferner Roggen, verschiedene Grasfrüchte, Hafermais und Körner von Unkraut. Ein zweiter Ofen ist bei Helmke freigelegt worden; er enthielt 320 Getreidekörner von fast gleicher Art. Der Ofen muß um Christi Geburt herum zum Gebrauch gedient haben. Die Funde ermöglichen es, zum ersten Male Feststellungen über die Ackerbau treibende Tätigkeit der Bewohner der Unterelbe vor etwa 200 Jahren zu machen. Bei Bargstedt wurden schon früher wertvolle Funde gemacht, so ein Bronzefleischwert aus der Zeit um 1500 vor Christi, das vom Stader Museum erworben wurde.

